

Wie Emotionen Wahlverhalten prägen: Ein Blick auf den Rechtstrend

Der Kommentar analysiert die Gründe für den Rechtstrend in Deutschland: politische Unzufriedenheit statt wirtschaftlicher Not.

Berlin (ots)

Aktuelle Untersuchungen des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo werfen einen aufschlussreichen Blick auf die Gründe für den erstarkenden Einfluss der Alternative für Deutschland (AfD) und der Bayernpartei (BSW) in den alten Bundesländern. Anders als oft angenommen, basiert der Zuspruch zur AfD nicht primär auf einer objektiv schlechten wirtschaftlichen Lage. Vielmehr zeigt sich, dass eine weit verbreitete gefühlte Benachteiligung unter den Wähler*innen vorliegt, insbesondere in Ostdeutschland.

Diese Erkenntnis stellt die gängige Annahme infrage, wonach materielle Armut das Wahlverhalten entscheidend beeinflusst. Häufig wird davon ausgegangen, dass die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien in direktem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten steht. Doch die Realität ist komplexer: Die gegenwärtige Unzufriedenheit scheint vor allem auf eine subjektive Wahrnehmung zurückzuführen zu sein.

Die Rolle der gefühlten Benachteiligung

Die AfD-Anhänger*innen sehen sich nicht unbedingt als arm, sondern verfügen häufig über ein stark ausgeprägtes „Rechtsbewusstsein“, das durch ungerechtfertigte Benachteiligungen geprägt ist. Diese Wähler*innen empfinden,

dass sie im Vergleich zu anderen Gruppen zu kurz kommen. Ein häufig geäußertes Gefühl ist, dass der eigene Beitrag zur Gesellschaft nicht ausreichend gewürdigt wird, während andere, insbesondere Migrant*innen, als unrechtmäßig begünstigt wahrgenommen werden.

Wichtig ist auch, dass das Ifo darauf hinweist, dass die Frage, warum Menschen diese Parteien wählen, eine spannende politische Diskussion anstoßen könnte. Anstatt sich ausschließlich auf die Erklärung des Wahlverhaltens der Mitte zu konzentrieren, sollte die Forschung auch untersuchen, was traditionelle Volksparteien wie die CDU und SPD für ihre Wähler*innen attraktiv macht. Ein solches gleichmäßiges Nachdenken könnte Klarheit darüber bringen, wie sich Wählerpräferenzen in Deutschland entwickeln.

Die Gegenüberstellung der Wählerschaft ist bemerkenswert. Während die Unterstützung für die AfD in einem Umfeld von Wahrnehmungen der Ungerechtigkeit und Gefühlen der Unterrepräsentation wächst, könnte die SPD und CDU in nächster Zeit unter Druck geraten, ihre Politik zu überdenken, um ein breiteres Spektrum der Wähler*innen wieder anzusprechen.

Wirtschaftliche Fakten vs. subjektive Wahrnehmung

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass es letztlich das subjektive Empfinden ist, welches beeinflusst, wer auf populistische Versprechen eingeht. Wähler*innen, die sich ungerecht behandelt fühlen, neigen dazu, Parteien zu wählen, die ihnen Trost und eine Stimme bieten. Hier zählt nicht nur das bloße Einkommen, sondern vielmehr das Gefühl, was die eigene Lebensqualität angeht. Diese Wahrnehmung ist oft getrieben durch emotionale und soziale Faktoren.

Die Situation offenbart auch, dass Patrioten keine Materialisten sind. Sie treten für Werte ein, die nichts mit ökonomischen

Vorteilen zu tun haben. Diese Wähler*innen suchen nach einer politischen Heimat, die ihnen das Gefühl gibt, in der Gesellschaft respektiert und gehört zu werden. Das ist eine Tatsache, die in Zukunft für den politischen Diskurs von Bedeutung sein wird.

Die Ifo-Studie legt nahe, dass die Ursachen für die Beliebtheit der AfD in einem tief sitzenden Unbehagen innerhalb bestimmter Bevölkerungsgruppen zu suchen sind. Verhältnis von Anspruch und Realität im eigenen Leben kann nur effektiv angesprochen werden, wenn Politiker darauf reagieren. Die politische Landschaft verändert sich, und es ist wahrscheinlich, dass auch die traditionellen Parteien gezwungen sind, auf diese Stimmungs- und Meinungsverschiebungen zu reagieren.

Das Aufkommen der populistischen Stimmen

Zusammenfassend zeigt die Ifo-Analyse, dass es nicht nur die Armut ist, die Menschen an die AfD bindet, sondern vielmehr ein angekratztes Selbstbild. Wie weiter mit dieser Entwicklung umgegangen wird, bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch, dass die Diskussion über die Wahlverhalten in Deutschland neu gedacht werden muss, um den Wandel der politischen Landschaft richtig zu begreifen.

Soziale Ungleichheit und Wahrnehmung

Die soziale Ungleichheit in Deutschland nimmt seit Jahren zu. Trotz einer stabilen Wirtschaft und eines relativ niedrigen Arbeitslosigkeitsniveaus gibt es tiefe Gräben zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen. In diesem Kontext zeigt eine Umfrage des **Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW** aus dem Jahr 2023, dass etwa 40 % der Befragten in Ostdeutschland das Gefühl haben, in ihrer Lebensqualität hinter ihren westdeutschen Mitbürgern zurückzubleiben. Diese empfundene Ungleichheit könnte somit eine unterstützende Grundlage für die Wählerschaft der AfD darstellen.

Eine weit verbreitete Meinung unter diesen Bürgern ist, dass politische Entscheidungen sie nicht ausreichend repräsentieren und ihre spezifischen Bedürfnisse und Sorgen nicht ernst genommen werden. Außerdem zeigen Daten des **Statistischen Bundesamtes**, dass in vielen ostdeutschen Regionen das durchschnittliche Einkommen niedriger ist als im Westen, was die Wahrnehmung der Ungleichheit zusätzlich verstärkt. Diese Diskrepanz trägt dazu bei, dass Ressentiments gegenüber der Politik und anderen sozialen Gruppen, wie Migranten, steigen.

Politische Wahrnehmung und die Rolle der Medien

Die Medien spielen eine entscheidende Rolle in der Wahrnehmung politischer Themen und damit auch in der Meinungsbildung. Oftmals konzentrieren sich Berichterstattungen auf extreme Ansichten, was die Ansichten der Wähler*innen der AfD weiter legitimer erscheinen lässt. Die Berichterstattung über Themen wie Einwanderung und soziale Sicherheit kann häufig zu einer verzerrten Wahrnehmung führen. **Die Deutsche Welle** berichtete über die Tendenz vieler Medien, die Stimmen der Bevölkerung nur unzureichend zu reflektieren, wodurch sich eine Diskrepanz zwischen den Sorgen der Menschen und der politischen Agenda ergibt.

Diese Diskrepanz könnte auch Teufelskreis bewirken: Wenn Menschen sich nicht gehört fühlen, suchen sie nach Alternativen zu den traditionellen Parteien. Die AfD positioniert sich hier als Sprachrohr dieser unzufriedenen Stimmen, was ihre Unterstützung in bevölkerungsreichen, aber wirtschaftlich benachteiligten Regionen fördert.

Bundesweite Umfragen und Wählerverhalten

Aktuelle Umfragen zeigen ein Bild von gespaltenen Meinungen in der deutschen Bevölkerung. Laut einer Umfrage des

Infratest Dimap aus Anfang 2023 gaben 30 % der Befragten an, dass sie die AfD als ‚eine ernstzunehmende Partei‘ ansehen. Diese Zahl verdeutlicht, wie weit verbreitet die Unterstützung für die AfD auch unter Nicht-Ostdeutschen ist.

Die demografische Analyse zeigt, dass die Unterstützung für die AfD besonders hoch unter Wähler*innen mit geringerem Bildungsniveau ist. Hier haben 47 % der Befragten im Alter zwischen 18 und 39 Jahren angegeben, dass sie der AfD gegenüber positiv eingestellt sind. Dies wirft Fragen nach der Wirksamkeit der politischen Bildung und Integration auf und zeigt die Notwendigkeit, Menschen gesamtheitlich zu erreichen und ihnen politische Partizipation zu ermöglichen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de